Abend-Ausgabe. Nr. 110. Berlin, Montag, den 6. März 1893.

Neue Preußische Zeitung.

Vorwärts mit Gott für König und Vaterland

Nr. 110. Abend-Ausgabe. Berlin, Montag, den 6. März 1893.

Dies Blatt erscheint zweimal täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. — Vierteljährlicher Abonnements-Preis: Für Berlin: 7 Mark 50 Pfennig, mit Botenlohn 8 Mark 50 Pfennig. — Für das deutsche Reich und für ganz Oesterreich: 9 Mark. — Die einzelne № wird mit 10 Pfennig berechnet.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf diese Blatt an, für Berlin die Expedition der Neuen Preußischen Zeitung: W. Königsgräer-Straße № 15, und die bekannten Spediteure. Inseratenpreis: Gebühr für den Raum einer sechsgespaltenen Petitzeile 40 Pfennig.

Telegraphische Korrespondenzen.

(Siehe auch dritte Seite.)

München, 6. März. (O. B. H.) Bürgermeister Dr. v. Widenmayer ist hier, 55 Jahre alt, gestern Nachmittag 3 Uhr infolge von Verglühung verschieden.

+ **Leipzig**, 6. März. (Privat-Telegramm.) Das Urtheil zeigen die „Kölnische Zeitung" wegen ihres Artikels über die „Teufels-Austreibung" wurde vom Reichsgericht aufgehoben und die Sache an das Oberlandesgericht Landgericht zurückverwiesen. — Die Meldung, Professor Conrad-Halle sei in Sachen der Militärvorlage vom Grafen Caprivi empfangen worden, ist erfunden.

Pest, 5. März. (W. T. B.) Die Konferenz der liberalen Partei berieth über die vom Kultusminister Csaky und dem Ministerpräsidenten Dr. Wekerle angenommene Resolution des Abgeordneten Feuvesy, wonach die Regierung angewiesen werde, innerhalb ihrer Geschäftskreises dem Kaiser vorzuschlagen, die Erlaubnißs zur Einberufung einer Organisations-Kommission oder einer Versammlung wegen Schaffung der katholischen Autonomie ehestens zu ertheilen. Die Resolution wurde von der Konferenz angenommen.

Paris, 5. März. (W. T. B.) Millevoye sandte einen Brief an den Justizminister Bourgeois, worin er für morgen eine Interpellation ankündigte über die rechtlichen und parlamentarischen Folgen, welche aus der Betheiligung verschiedener politischer Persönlichkeiten, namentlich Clémenceaus, Rouvs, Freycinets und Floquets in der Panama-Angelegenheit entstehen könnten.

Paris, 5. März. (W. T. B.) Das Mitglied der Akademie, Taine, ist gestorben. — Dem Vernehmen nach wird die Regierung die Interpellation Millevoyes über die rechtlichen und parlamentarischen Folgen, die aus der Betheiligung Freycinets, Floquets und Clemenceaus an der Panama-Angelegenheit entstehen könnten, nicht vor Beendigung des Prozesses accepteren, der am 8. März beginnt.

Paris, 5. März. (W. T. B.) Nach Meldungen aus Buenos-Ayres hat der Minister der Armee und Marine, General Bikkoriea, seine Entlassung eingereicht.

London, 5. März. (W. T. B.) Heute Abend fand im Mansion-House beim Lordmayor zu Ehren des französischen Botschafters Waddington ein Bankett statt. In Beantwortung des Toasts auf seine Gesundheit erklärte Waddington, Frankreich und England müßten in ihrem Bestreben, ihre Besitzungen über den ganzen Erdball auszudehnen, nothwendiger Weise rivalisiren. Aber es bestehe zwischen beiden Ländern keine einzige Streitfrage, welche nicht auf direktem oder schiedsrichterlichem Wege gelöst werden könne.

London, 6. März. (W. T. B.) Die „Times" meldet aus Philadelphia, man glaube allgemein, daß der Schatzsekretär wiederholte Offerten von New-Yorker Bankiers für fünf Millionen Dollars und von anderen, einschließlich Londoner Bankiers, für 25 Millionen Dollars gemacht worden.

London, 6. März. (W. T. B.) Die „Times" meldet aus Kairo, Lord Palmer reise heute nach London ab, um die Konversion der fünfprozentigen Domanialanleihe (4 800 000 Pfund) zu negoziiren. — Wie die „Times" ferner meldet, hat die egyptische Eisenbahnverwaltung beschlossen, auf die Weiterführung der Eisenbahnlinien Ghirgeh-Keneh bis Luxor 15 Millionen Pfund zu verwenden.

London, 6. März. (W. T. B.) Das „Reuterische Bureau" empfängt folgende Meldung aus Sansibar von gestern: Der Sultan Sayyid Ali bin Said ist gestern gestorben. Der Stellvertretende Generalkonsul Rennel Rodd hat Hamed bin Thwain als Nachfolger proklamirt. Alles ist ruhig. (Der verstorbene Sultan kam am 13. Februar 1890 zur Regierung.)

London, 6 März. (W. T. B.) In Sandgate bei Folkestone sind infolge eines Erdeinsturzes gegen 500 Häuser beschädigt worden. Die Stadt blieb gestern in Dunkel gehüllt.

Rom, 5. März. (W. T. B.) Gestern Abend ist ein Beamter der römischen Bank, Agazzi, welcher seit zwei Jahren 97 000 Francs Bankgelder veruntreut hatte, verhaftet worden.

Rom, 5. März. (W. T. B.) Die Staats-Einnahmen vom 1. Juli 1892 bis zum 28. Februar 1893 überstiegen diejenigen der gleichen Periode des Vorjahres um mehr als 19 Millionen.

Rom, 6. März. (H. T. B.) Die Untersuchung gegen die Banca Romana zieht sich in die Länge. Ein Wechselagent hatte den Auftrag für die Banca Romana Börsenspekulationen zu machen. Derselbe schuldet der Bank 3 Millionen Lire. Die Behörde hat eine Haussuchung bei den Agenten vorgenommen.

Madrid, 5. März (W. T. B.) Der österreichisch-ungarische Botschafter, Graf Dubsky, hatte mit dem Minister des Auswärtigen, Armije, eine Unterredung, um Verhandlungen wegen eines Handelsabkommens einzuleiten.

Madrid, 5. März. (W. T. B.) Die spanische Regierung schloß, Delegirte zu dem internationalen Kongreß nach Dresden zu entsenden.

Lissabon, 5. März. (W. T. B.) Der Finanzminister erklärt die Gerüchte von einer beabsichtigten Unifikation der portugiesischen inneren und auswärtigen Schuld für unbegründet.

Bellinzona, 5. März. (H. T. B.) Bei den heutigen Wahlen von Greßen Rathe siegten ebenfalls die Liberalen. Das vorwaltende Stärkeverhältniß wird sein: 51 Liberale und 45 Konservative.

Petersburg, 5. März. (W. T. B.) Der „Regierungsbote" veröffentlicht eine amtliche Mittheilung, in welcher es heißt: Die Kaiserliche Regierung habe schon wiederholt Gelegenheit genommen, ihre Ansichten über die Umwälzungen in Bulgarien und über die Prinzipien zu äußern, von denen sich die Regierenden in Sofia leiten ließen, leitend der Prinz Ferdinand zur Macht gelangt sei. Nachdem diese Leiter der Regierung nunmehr beabsichtigten, die Gefahren einzubrechen, um den Artikel 58 der Verfassung von Turnovo abzuändern und auch der Rücksicht des Landes Eintrag zu thun, könne die Kaiserliche Regierung, wenn sie auch an dem Prinzip der Nichtintervention in die inneren Angelegenheiten des Fürstenthums festhalte, nicht stummer Zeuge diesem Versuche gegenüber bleiben, welcher einer energischen Opposition unter der bulgarischen Bevölkerung begegne. Die Mittheilung schließt, wie folgt: „Die Kaiserliche Regierung spricht ihren aufrichtigen Wunsch aus, daß die Stimmen, welche sich weiter der Gesetzlichkeit und den aus gut gesinnten Regierungen vorgezogenen Lehren, allen Bulgaren ehre Unterschied der Partei als Nahrung dienen und die Gefahr beseitigen werden, welche dem ganzen Volke droht, das im Begriffe steht, seine heiligsten hundertjährigen Traditionen zu verleugnen. Die Kaiserliche Regierung in überzeugt, daß die vernünftigste Neuerung in dem geistigen und politischen Leben des Fürstenthums keine günstigen Resultate erzielen und nur traurige Folgen für die Zukunft haben wird, indem sie Zwistigkeiten im Innern und tiefgehende Mißhelligkeiten in moralischer Beziehung herbeiführen wird."

New-York, 5. März. (W. T. B.) Außer den am nächsten Dienstag, am Verfassungs-Tage, gelangenden 1 200 000 Dollars Geld sollen in dem laufenden Monat noch 5 000 000 Dollars Gold nach Oesterreich verfrachtet werden.

„Grundlegende Probleme".

Wo in der Politik eines großen Gemeinwesens von „grundlegenden Problemen" gesprochen wird, da denkt man sonst an Aufgaben, deren Lösung oder Nichtlösung eine Lebensfrage des Volkes und Staates betrifft. Als ein „grundlegendes Problem" dürfte etwa die Sicherung einer gesunden Lebensführung in den Großstädten gelten, insbesondere die Erziehung unserer gewerblichen Jugend, die ja, wenn unsere heutigen Stadtpolitiker Recht behalten, dereinst den Kern unseres Volkes bilden soll. Aber selbst jene „Stadtpolitiker" könnten recht wohl als „grundlegendes Problem" die Erhaltung einer zahlreichen, kräftigen Landbevölkerung betrachten. Das Absterben dieser Wurzel würde bald unser ganzes Volksthum dem Untergange zuführen, während wir vielleicht ungestraft eine städtische Kulturblüthe nach der anderen verwelken lassen dürfen, solange aus jener Wurzel stets neue Kraft nach oben steigt. Dagegen ist es kein „grundlegendes Problem", sondern vom Standpunkt wirklicher Staatskunst eine durchaus jubilatorne Angelegenheit, ob wir in Deutschland fünf Prozent Brotkorn mehr einführen oder weniger. Diese Frage ist „grundlegend" nicht einmal für ein einzelnes Ressort. Wir brauchen selbst in Kriegszeiten, wenn wir vier Fünftel unseres Brotkorns selber bauen, statt fünf Pfund immer nur je vier Pfund Brot zu essen, und selbst diese Einschränkung wird überflüssig, soweit die jetzt für Brennerei und Viehfutter verbrauchten Getreidemengen dem Brotverbrauch zugeführt werden. Zum Ueberfluß aber ist gar nicht ersichtlich, was unsere Handelspolitik in der Frage des „Mehrbedarfs" zu unseren Gunsten ändere, ob sie ihn etwa einschränken könnte oder inwieweit sie durch diese sogenannte „grundlegende Thatsache" in ihren Handlungen gebunden wäre.

Die „Nordd. Allg. Ztg." ist anderer Ansicht. Zunächst ist ihr in der That jene Frage des Mehrbedarfes „grundlegend", wenigstens für unsere Agrar- und Handelspolitik. Was das bei freihändlerischen Petrefakten aus den sechziger Jahren bedeutet, wissen wir ja. Diesen Herren ist der „Konsument", insonderheit derjenige von Brotfrüchten, bekanntlich stets ein wehrloses Opfer, der dem Produzenten den Zoll wie jede andere Aufwendung unverkürzt erstatten muß und ohne Rettung verloren ist, sobald er seinerseits dem Produzenten Bedingungen zu stellen wagt; denn dann verkauft dieser — ihrer Ansicht nach — „anderswo". Welches Unheil dieser nationalökonomische Denkfehler anrichten muß, jedoch er sich auf die praktische Handelspolitik überträgt, braucht nicht näher ausgeführt zu werden.

Nun ist aber mit Ausnahme jener „Petrefakten" allmählich jedermann zu der Einsicht gelangt, daß der Produzent ebenso abhängig von dem Konsumenten ist wie umgekehrt. Gerade beim Getreide hat sich dies in den letzten Jahren mit handgreiflicher Deutlichkeit gezeigt. Lasen wir doch noch kürzlich in den angesehensten russischen Blättern, daß der Abschluß eines Handelsvertrages mit Deutschland für die russische Landwirthschaft eine „Lebensfrage" sei. Umgekehrt hat das russische Getreideausfuhrverbot von 1891 uns keineswegs den von Herrn Alexander Meyer prophezeiten Hungertod gebracht; wir hatten vor dem Verbot höhere Preise als nachher, und als es aufgehoben wurde, haben wir das durch den Differenzzollzoll bewirkte Minderangebot Rußlands zu festgesetzt sinkenden Preisen in anderen Ländern decken können. Wir brauchten also keineswegs Hals über Kopf uns an jene Produzenten zuzuslehren, selbst wenn der „Mehrbedarf" an Getreide wirklich als massive, unabänderliche Thatsache vor uns stände. Aber auch dies ist gar nicht der Fall.

Die „Nordd. Allg. Ztg." ist über unseren Vorschlag, unsere Auseinandersetzung mit ihr über die Frage jenes „Mehrbedarfs" den besserziehenden Lesern zur Kenntniß zu bringen, damit sie sich nicht mehr über „Einseitigkeit" des Eindruckes beklagen könne, mit Stillschweigen hinweggegangen. Dafür bringt sie in ihrer Dienstagsnummer eine Zuschrift des Herrn Arndt aus Klotzenweiha bei Gardelegen, der aus welcher sie „verklärt" entnehmen will, „daß für jetzt unsere Landwirthschaft den Bedarf an Nahrsrüchten nicht voll zu decken vermag". Die „Norddeutsche" mag es uns verzeihen, wenn wir wieder nur die Kernsätze der umfangreichen Zuschrift — andere können auf Wunsch nachsolgen — hier wiedergeben. Sie lauten:

„Es ist meine feste Ueberzeugung, daß wir die 200 bis 250 Mill. Mark, mit denen wir jährlich durchschnittlich dem Auslande für seinen uns gefälligen Roggen und Weizen tributspflichtig werden, uns und unserem Vaterlande erhalten können, wenn wir den angedeuteten Weg beschreiten." (Einzelnes hat vorher vorgeschlagen, durch ein kurzes, unentbehrlich zu vertheilendes Schriftchen auf die Verwendung künstlicher Dungemittel hinzuwirken.)

„Solange die Getreidepreise so niedrig sind, daß wir oft unsere Produkte unter dem Selbstkostenpreis verkaufen müssen, solange wird der schlechte Bedarf Deutschlands an Brotfrüchten von außen her durch billigere Einfuhr gedeckt werden müssen."

„Die aus den niedrigen Getreidepreisen hervorgehende Unfähigkeit unserer Landwirthschaft, unseren vollständigen Bedarf an Brotfrucht selbst zu decken, wird durch Minderung der Getreidezölle natürlich eine immer größere."

Ist es der „Norddeutschen" wirklich entgangen, daß diese Ausführungen ihres „Gewährsmannes" vielmehr wirklich mit den wichtigen Ueberzeugungen, gegen die sie so heftig polemisirt hat?

Dabei ist noch zu erwägen, daß Herr Arndt die Frage der Deckung des „Mehrbedarfs" im Inlande wahrscheinlich noch viel energischer bejaht haben würde, wenn er in der Lage gewesen wäre, die wirklichen Ernteziffern einzusetzen statt derjenigen der hier bekanntlich ganz unzureichenden amtlichen „Statistik". Wenn letztere z. B. die durchschnittliche Jahresernte an Roggen in Deutschland von 1881—1890 auf 5,5 Mill. Tonnen = 0,60 auf das Hektar oder gleich etwa 6 Scheffel vom Morgen angiebt, so weiß jeder Landwirthschaftl, daß dieser Ertrag allenfalls auf die weniger ergiebigen Gegenden des Nordostens zutrifft, daß in Westdeutschland aber im ganzen Deutschen Reich wenigstens 8 Scheffel vom Morgen = etwa 1,35 Tonnen vom Hektar = annähernd 8 Mill. Tonnen Jahresproduktion zu rechnen sind. Die durchschnittliche jährliche Mehrerzeugung von 6,000 000 Tonnen würde bei Einbeziehung dieser Summe aber nicht mehr 10½ pCt., wie Herr Arndt berechnet, sondern nur 7½ pCt. der eigenen Produktion betragen. Ob dies bei Preisen möglich ist, wie wir sie in den 50er, 60er und 70er, dagegen schon nicht mehr seit der 70er Jahre in den 80er Jahren hatten? Es bedeutete das für einen Landwirth, der bisher 1000 Zentner Roggen baute, eine Mehrproduktion von nur 75 Zentnern, aber zu Preisen, die 40—50 M. höher wären als die gegenwärtigen. Wie überlassen den Landwirthen die Antwort daraus.

Im übrigen erwarten wir noch immer die Erklärung, weshalb die „Norddeutsche" gerade dem „Bunde der Landwirthe" die bedrohlichreinliche, in ihren Augen wahrscheinlich sehr „staatsmännische" Frage nach der Deckung des gegenwärtigen Mehrbedarfs an Getreide vorlegt. Jener „Bund" kann doch nichts dafür, daß bei niedrigen Preisen eben eine erhebliche Mehreinfuhr stattfinden muß, und der eigene „Gesetzgeber" der „Norddeutschen" kommentirt ja diese Frage mit nun dahin, daß jener „Mehrbedarf" um so größer werden muß, je mehr man die Produktionsbedingungen für die Landwirthschaft beeinträchtigt. Wir können schließlich nur wiederholen, daß der „Mehrbedarf", selbst wenn er in dem von der „Norddeutschen" angenommenen Umfange bestehen würde, uns keineswegs zu unserer Fassung bringen würde, daß wir unsere Agrar- und Handelspolitik zu finden, geschweige und deshalb lieber auf die fremde statt auf die eigene Landwirthschaft zu verlassen vermöchten.

Graf Ignatiew.

In Rußland sind am 3. März (19. Februar a. St.) zwei Gedenktage gefeiert worden, der Tag der Aufhebung der Leibeigenschaft (19. Februar 1861) und der 15jährige Jahrestag von San Stephano. Der erstere ziemlich geräuschlos und ohne daß etwas Besonderes davon zu berichten wäre, der zweite in so bezeichnender Weise, daß wir es nicht umgehen dürfen, davon zu berichten. In der Kasanschen Kathedrale hatte sich das slavische Wohlthätigkeits-Komitee versammelt und Vertreter der „befreiten" und noch zu befreienden Nationen: Bulgaren, Macedonier, Tschechen und Cherwoten, dazu, wie die „Nowoje Wremja" berichtet, noch andere.

Nach einem Dankgebet und Dankgottesdienst zog der ganze Haufe zum Grafen Ignatiew. Hier hatten sich alle in Petersburg lebenden Slaven versammelt (es scheint dem Berichterstatter entgangen zu sein, daß die Russen doch auch Slaven sind — oder ist es etwa eine neue Nomenklatur, die sich hier ausbildet?) Im Namen der slavischen Gesellschaft überbrachte der Priesterej und Vorstand der Kasanschen Kathedrale ein Heiligenbild, der Vorsteher der Kathedrale zum hl. Epifanien ebenfalls ein Heiligenbild, dazu Salz und Brod auf silberner Schüssel, der Sekretär der Gesellschaft Artisew verlas eine Adresse, die den Grafen Ignatiew so rührte, daß er darüber zu weinen begann. Er habe, so entgegnete Graf Ignatiew, in seinem Leben viel Schweres ertragen müssen, immer aber sich den Glauben an die Macht, Stärke und Standhaftigkeit des russischen Volkes gewahrt. Er habe recht und schlecht dem Vaterlande und dem Slaventhum gedient. Das fest-Band aber, welches Rußland mit den Slaven verbinde, sei die Rechtzläubigkeit, und die Geschichte habe bewiesen, daß Slaven, welche diesen Glauben aufgaben, auch ihrer Selbstständigkeit verlustig gingen. Unterhalb der Rechtzläubigkeit verlieren die Slaven ihr „Wir", ihre Sittlichkeit und ihre geistigen Kräfte.

Stürmisches Handeklatschen, dann folgte die Adresse der Macedonier, welche die Trennung Macedoniens vom bulgarischen Vaterlande beklagte, und dem Glauben an eine bald bevorstehende Befreiung Ausdruck gab. Die Stipulationen von San Stephano seien das Ideal aller, der politische Katechismus, zu dem man sich in Macedonien bekenne. Nun kam eine „flinkende" Rede eines jungen Bulgaren, der versicherte, das „New Wremja" doch besonders Recht nicht mitzutheilen. Der Graf Ignatiew bezeichnete in seiner Antwort die Pflichten, welche die slavische Jugend Rußland gegenüber habe. Er selbst sei durch die ihm bereiteten Ovationen völlig überzeugt worden (!), er habe nie einen Lohn für sein Thun erwartet, und werde fortfahren bis ans Ende, in gleichem Geiste weiter zu arbeiten. Den Glauben aber an die slavische Jugend halte er hoch, sie werde den Dank nicht vergessen, den sie der russischen Gastfreundschaft schulde und nicht vergessen, daß die Heimath auf sie lücke als auf tüchtige Arbeiter.

Der eigentliche Höhepunkt aber war die Verleumdung der bulgarischen Adresse. Eine heiße Dankesrede für den Diplomaten von San Stephano, ein glühendes Wort des Hasses gegen die Diplomaten, die auf dem Berliner Kongreß ein Werk zu nichte gemacht hatten. Aber diese Gefühle des Slaventhums wüßten sich in ihren Bewegungen tauschen, es sei nicht deutlicher, daß sie viel Blut in dem gemeinschaftlichen Kriege umsonst zerspritzen werden sei — wenn jetzt das bulgarische Gewissen gewaltsam niedergehalten werde, so sei dadurch für die Zukunft noch nichts verdorben. Man wisse genau, wo man seine Freunde habe und wo seine Feinde. Auf ewig aber werde der Name Ignatiew eingegraben bleiben in den Blättern der bulgarischen Geschichte, und der Vertrag von San Stephano „als sein politisches Testament dem ganzen bulgarischen Stamm eine Richtschnur sein".

Was weiter folgte außer Champagner und Tschai ist nicht von Belang, der ganze Hergang aber doch zu bezeichnend, daß wir noch einen Augenblick dabei verweilen müssen.

Auffallend ist der demonstrative Charakter der Feier, an deren Spontaneität, trotz der rührenden Versicherung des Grafen Ignatiew, wohl niemand glauben wird. Höchst auffallend, daß während der ganzen Feier mit keiner Silbe des Zaren, weder Alexanders II. noch Alexanders III. gedacht worden ist. Nicht der Zar-Befreier, sondern der Slaven-Befreier ist der Held, und die eigentlich Lebende Kraft spricht sich die slavische Idee auf in ihrer Kombination mit der russischen Rechtgläubigkeit. Jenes slavische Wohlthätigkeits-Komitee, das seine bereitende Wirksamkeit bereits hier in das Herz der österreichisch-ungarischen Monarchie hinein erstreckt, schickt sich fast genug, auch abgesehen vom Zaren, der bisher doch immer als Schild vorgehalten wurde — wenn nicht der lebende, so doch der Vergangene —, jetzt die Garantie zu verkünden, und dessen bisher so harmlose Wirksamkeit in Aussicht zu stellen. Gewiß ein Symptom, das alle Beachtung verdient, umsomehr, als die Anzeichen sich mehren, daß die eigentliche Leitung der Geister in Rußland von Jahr zu Jahr mehr in die Hände der erneuten und neuerdings nationalen Fanatiker übergeht. Man muß sich vorsehen, daß nicht über Nacht die Zügel den Händen entfallen, die den Staatswagen noch zu lenken mögen. Als Elementen, die bereit waren, in ihrer Weise die Zügel zu übernehmen, fehlt es jedenfalls nicht, und von den drei Schlägen wurden, und wenn Rußland retten wird, Selbstständigkeit, Rechtgläubigkeit und Nationalismus, begann das erstere in unerwünschter Weise an Zugkraft zu verlieren.

Das Programm von San Stefano enthält auch das Versprechen freier Meerengen; dabei kann man einen schlüsselerschließenden, unumschränkten Zutritt Rußlands als Türkenerben bezeichnen. Die Macht der Tatsachen aber lassen wir dem geneigten Leser.

Hof- und Personal-Nachrichten.

Berlin, 6 März. An der am 22. April stattfindenden Silberhochzeit des holländischen Königspaares gedenken, wie wir hören, Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin sich nach Rom zu begeben.

---

* **Berlin**, 6. März. Se. K. u. K. H. der Großherzog von Toscana wurde bei seinem dem Königlichen Hofe heute einmal abgestatteten Besuche mit dem einem hohen Zeremonienwesen entsprechenden Pomp empfangen, wenngleich dieser Besuch nach der politischen Sachlage lediglich als der eines Prinzen des österreichisch-ungarischen Kaiserhauses zu gelten konnte. In Gemäßheit des Besuches hatten Ihre Majestäten am Sonnabend eine Tafel gedeckt, die in dem an die Königlichen Gemächer des Schlosses angrenzenden Speisesaale stattfand. Der Großherzog war mit seiner ganzen Umgebung geladen, weiter die Botschaftsräte Ihrer Majestäten, der österreichisch-ungarische Botschafter von Szögyeny mit Gemahlin, der Nuntius Kardinal Galimberti, der Ministerpräsident Graf Stolberg-Wernigerode mit Gemahlin, der Minister des Königlichen Hauses v. Wedell mit Gemahlin, der Vorsitzende des Staatsministeriums Graf zu Eulenburg mit Gemahlin, der Staatsminister Dr v. Boetticher mit Gemahlin, der Staatssekretär des Auswärtigen Frhr. v. Marschall-Bieberstein mit Gemahlin, der kommandirende General des Gardekorps Frhr. v. Meerscheidt-Hüllessem, der Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, Staatsminister Dr. v. Achenbach, der Finanzdirektor der Gebrüder Sarrasani, Generaldirektor v. Hedem. Der Großherzog hat schon zu Lebzeiten weiland des Kaisers Wilhelms I. wiederholt am hiesigen Hofe erweilt; seine Besuche waren stets von winter Natur. Die Verehrung, welche der Großherzog für den verewigten Kaiser Wilhelm I. hegt, hat er durch den Besuch des Mausoleums in Charlottenburg, wo er einen Kranz niederlegte, bekundet; gleichzeitig ehrte er das Andenken des Kaisers Friedrich durch Niederlegung eines Kranzes im Mausoleum der Friedenskirche bei Potsdam. Der Großherzog ist kein junger Mann mehr, sein Haar ist ergraut. Sein Antlitz trägt die habsburgischen Familienzüge, die selbst ein fast hundertjähriger Aufenthalt der Nachkommen Maria Theresias in Italien nicht verändern können. Die Figur des italienischen Hofsängers ist nicht hier gegeben, vielmehr gedenkenen die Großherzogs, der Kaiserin kommt ihm wohl zu statten. Am Dienstage speiste der Großherzog in Salzburg, wo Nach der Tafel persönlich Se. Maj. der Kaiser die geladenen Herren zu einer Sitzung im Rauchsalon bei einem Glase trefflich mundenden Bieres.

Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin wohnten am Sonntag mit ihrer nächsten Umgebung dem Gottesdienste in der Dom-Interimskirche bei. Nach der Rückkehr ins Schloß nahmen die Majestäten den Abschiedsbesuch Sr. K. und K. H. des Großherzogs von Toscana entgegen, der bald darauf mit dem fahrplanmäßigen Zuge um 12 Uhr 5 Minuten nach Dresden zurückkehrte.

— Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin unternahmen gestern Nachmittag gemeinsam eine längere Spazierfahrt durch den Thiergarten nach dem Grunewald und dort eine elegante Promenade, von der sie dann ins Kgl. Schloß zurückkamen. Am Abends 8 Uhr begaben sich die Majestäten mit ihrer nächsten Umgebung nach der Kriegs-Akademie, um einer Vorstellung zum Besten des Hilfsvereins für Kinderheilstätten an den deutschen Seeküsten beizuwohnen.

— Heute Vormittag haben die erlauchten Kaiserlichen Majestäten zunächst wieder eine gemeinsame Spazierfahrt unternommen. Ins Schloß zurückgekehrt, arbeitete der Kaiser und König von 10 Uhr ab mit dem Chef des Zivil-Kabinets und nahm hierauf die Vorträge des Chefs des Reichs-Marine-Amtes und des Chefs des Marine-Kabinets entgegen. Abends 6 Uhr gedenkt der Kaiser einer Einladung des Offizier-Korps des 2. Garde-Feld-Artillerie-Regiments zur Tafel im Kasino am Kupfergraben zu entsprechen. Später werden die erlauchten Herrschaften den Gesellschaftsabend im Kgl. Opernhause besuchen.

— Dem „W. T. B." wird die Meldung, wonach Ihre Majestäten voraussichtlich am 11. März sich nach Danzig begeben würden, als haltlos bezeichnet.

— Se. K. H. der Prinz Friedrich Leopold kam heute Nachmittag zu mehrstündigem Aufenthalte von Jagdschloß Glienicke hierher.

— ⊙ Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Frau Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz feierten am 28. Juni das Fest ihrer goldenen Hochzeit. Bindende Beschlüsse über die Feier dieses Tages sind an entscheidender Stelle noch nicht gefaßt worden; nur wünscht der Großherzog, von allen ersteren Veranstaltungen abzusehen, um das Geld den Armen und Nothleidenden zuwenden zu können.

— Se. K. und K. Hoheit der Großherzog von Toscana unternahm am Sonnabend Nachmittag nach der Rückkehr von Charlottenburg noch eine Promenade durch die Stadt und empfing später im Kgl. Schlosse den Fürsten zu Fürstenberg-Hürstein und dessen Sohn. Um 7 Uhr nahm der Großherzog an der Festtafel Theil, welche die Kaiserlichen Majestäten dem erlauchten Gaste zu Ehren veranstalteten. Nach der Tafel trieb der Großherzog noch Schon vereinzelte Zeit mit dem Kaiser vereint. Am Sonntag Vormittag lauschte Zeit mit dem Kaiser vereint. Am Sonntag Vormittag 9½ Uhr wohnte der Großherzog der Messe in der St. Hedwigskirche bei. Im Kgl. Schlosse hatten demnach einige Personen die Ehre, vom Großherzoge empfangen zu werden. Um 11½ Uhr stattete der erlauchte Gast den Kaiserlichen Majestäten einen Abschiedsbesuch ab. Bei der Abreise hatten sich die Herren der österreichisch-ungarischen Botschaft zur Verabschiedung nach dem Anhalter Bahnhofe begeben.

— ⊙ Der Erbprinz und die Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen haben heute den österreichischen Botschafter v. Szögyeny und Gemahlin, sowie den italienischen Botschafter Grafen Lanza zur Tafel geladen.

— Der Erbprinz Reuß j. L. hat nach längerem Aufenthalte gestern Berlin wieder verlassen, um eine Reise nach dem Süden anzutreten.

— Der Prinz zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg ist aus Frankfurt a. O. hier eingetroffen und im Hotel Bristol abgestiegen.

— Der Fürst zu Wied wird in den nächsten Tagen zu kurzem Aufenthalte in Berlin eintreffen.

— Der Fürst Karl zu Fürstenberg-Hürstein hat am Sonntag Vormittag Berlin wieder verlassen und sich nach Hürstein zurückgegeben.

— Der russische Botschafter am hiesigen Hofe, General Graf Schuwalow, ist mit seiner Gemahlin am Sonnabend abend 11½ Uhr nach Petersburg abgereist, um dort am Geburtstage des Kaisers Alexander anwesend zu sein. Später begab der Botschafter mit Gemahlin seine in Abstand erfolgenden Besitzungen zu besuchen und dort mehrere Wochen zu verbleiben.

— Der Präses der Artillerie-Prüfungs-Kommission, General Major Kirchenpauer, der Chef Ingenieur Frhr. Fischer v. Treuenfeld und Derneburg, als Leiter des 1. Kgl. Hannoverschen Artillerie-Regiments Prinzen Wilhelm und Abtheilungschef in der Artillerie-Prüfungs-Kommission, der Oberstleutnant Kirmser, Artillerieoffizier vom Platze Spandau, Major Gerstenberg und der Major Wolff von Gudenberg, Mitglieder der Artillerie-Prüfungs-Kommission, haben heute ihr Amt niedergelegt. — Der Chef des Generalstabes der Armee, Generalleutnant v. Schlieffen, ist von einer Inspektionsreise nach Ostpreußen, Rußland und Polen hierher zurückgekehrt. — Der Chef des Ingenieurkorps und der Festungen, Generalleutnant v. Sandrart